

**Rede
des Fraktionssprechers für Inneres und Sport**

Ulrich Watermann, MdL

zu TOP Nr. 9

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes
zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über
die öffentliche Sicherheit und Ordnung und des Nie-
dersächsischen Verfassungsschutzgesetzes**

während der Plenarsitzung vom 07.06.2016
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wir reden hier über Bestandsdaten, über eine Verlängerung, und wir reden darüber, dass es eine sehr komplizierte und – ich finde, zu Recht – sehr kritische Debatte darüber gibt, wie man zwischen der Frage der Sicherheit und dem Schutz der persönlichen Daten abwägt.

Es ist klug, dass man das genau ausjustiert. Wer erleben will, wie kompliziert und schwierig Materie sein kann und auf welchem hohem Niveau man darüber beraten kann, den lade ich ein, die Beratungen zum Verfassungsschutzgesetz zu begleiten; denn dabei kann man das hautnah erleben. Dabei sieht man auch, wie sich alle Fraktionen sehr ernsthaft mit diesem Prozess auseinandersetzen.

Herr Kollege Oetjen, es ist richtig, dass man das Gefahrenabwehrgesetz sehr gründlich vorbereitet und sehr sorgsam guckt, wozu es Urteile des Bundesverfassungsgerichtes gibt. Das Ergebnis der Suche hatte zur Folge, dass zum Verfassungsschutzgesetz in erheblichem Umfang Debatten geführt wurden und dass zu Recht fertige Ergebnisse noch einmal überprüft werden müssen, bevor sie ins Plenum eingebracht werden, Frau Kollegin Jahns, und dass noch einmal geprüft wird, ob man sich im Gleichschritt mit dem jüngsten Urteil des Bundesverfassungsgerichtes befindet. In diesem Zusammenhang werden wir das ganz genau ausloten.

Ich glaube, dass es gut ist, dass man dabei seine Position immer wieder neu einjustiert. Die FDP-Fraktion hat das getan. Wenn ich mir den Wortbeitrag des früheren Koalitionspartners dazu vergegenwärtige, dann stelle ich fest, dass man sich hierzu gegenseitig knallende Ohrfeigen verpasst hat. Auch wir ringen in der Koalition um ganz bestimmte Punkte. Auch die momentanen Gefahrenlagen müssen immer wieder in die Entscheidungen mit einfließen.

Frau Kollegin Jahns, es ist ganz gut, dass man nicht benotet wird, wenn man hier vom eigentlichen Diskussionspunkt abschweift. Ich rate dringend davon ab, jetzt schon über ein Gesetz zu sprechen, an dem noch gearbeitet wird. Ich glaube, es ist klug und für uns alle besser, wenn wir unsere Kraft auf das konzentrieren, was

gerade zu beraten ist. Wir sind jetzt gut in der Zeit. Deshalb kann man das relativ gut machen.

Außer der FDP-Fraktion finden wir alle das, was wir hier zu beschließen haben, richtig. Wir glauben, dass das ein kluges Instrument ist. Wir sind aber auch der Meinung, dass man immer wieder genau gucken muss, wo die Grenzen der persönlichen Freiheit und der Frage der Sicherheit sind. In Bezug auf die Polizei sind die Bestandsdaten aus meiner Sicht etwas sehr Wesentliches, weil man mit ihrer Hilfe Leben von Personen schützen kann, die etwas ankündigen oder die vermisst sind. Ich glaube, dass das ein kluges Instrument ist. Bestandsdaten sind ein Instrument, das auch der Verfassungsschutz benötigt. Da muss man sich aber, glaube ich, noch einmal die Eingriffsschwellen angucken. Das werden wir tun.

Was die Entfristung angeht, ist die abschließende Beratung des Verfassungsschutzgesetzes doch absehbar. Aufgrund der Erfahrungen, die wir bei der Beratung des Verfassungsschutzgesetzes gesammelt haben, wird die Beratung des Gefahrenabwehrgesetzes wohl zügiger gelingen können. Wenn man an solchen Sitzungen teilnimmt und das Pingpongspiel derer, die die Beratungen auf allen Ebenen fachlich begleiten – der Juristen, die Recht studiert haben –, beobachtet, sieht man, dass dadurch in erheblichem Umfang die Geschwindigkeit aus der Beratung herausgenommen wird. Ich hoffe, dass diese Entschleunigung bei der Beratung des Gefahrenabwehrgesetzes nicht in dieser Intensität eintreten wird.

Wir stimmen dieser Regelung zu. Sie ist gut für die Menschen. Im Übrigen möchte ich deutlich sagen: Die niedersächsische Polizei macht ihre Arbeit gut. Man muss nicht jedes Ereignis hier zu einem Skandal hochstilisieren. Sie sollten gelegentlich darüber nachdenken, wie man Arbeitsbelastungen bei der Polizei mit anderen einem Parlament zur Verfügung stehenden Instrumenten etwas reduzieren könnte.

Vielen Dank.